

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

18. WP - 41. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2014, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Heinemann (SPD)

Simone Lange (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christopher Vogt (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Auswirkungen der Umstrukturierungen bei der Barmer GEK	5
Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg Umdruck 18/3139	
2. Bericht Konzept für Familienzentren	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2026 (überwiesen am 11. Juli 2014 an den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	
3. Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern - Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch auch in Schleswig-Holstein helfen!	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2049 (überwiesen am 11. Juli 2014)	
4. Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern	9
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2221 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2255 - selbstständig - Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2267 - selbstständig - (überwiesen am 14. September 2014 an den Sozialausschuss , den Umwelt- und Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)	

-
- 5. Nachqualifizierung von Hilfskräften im Pflegeberuf** **10**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/2372](#)
(überwiesen am 14. November 2014)
- 6. Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Altenparlament“** **11**
- Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 7. Oktober 2014
[Umdruck 18/3439](#)
- 7. Bericht über die geplanten Änderungen in der Finanzierung der Frauenhäuser ab dem Jahr 2015** **12**
- Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
[Umdruck 18/3637](#)
- 8. Mündlicher Bericht der Sozialministerin zu den erwarteten Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes (BT Drs. 18/2592) sowie der vom Bundesrat angestrebten Änderungen (BT Drs. 18/3000, BR-Drs. 513/1/14) hinsichtlich der Ausnahme von Personen, die unmittelbar oder nach einer Wartezeit Ansprüche nach dem SGB II oder SGB XII erhalten sollen, auf die betroffenen Personen und die Träger der Aufgaben nach dem SGB II und dem SGB XII** **13**
- Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Umdruck 18/3654](#)
- 9. Bericht über den aktuellen Fall von Kindeswohlgefährdung im Kreis Segeberg** **15**
- Antrag des Abg. Wolfgang Baasch (SPD)
[Umdruck 18/3666](#)
- 10. Verschiedenes** **17**

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Auswirkungen der Umstrukturierungen bei der Barmer GEK

Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg

[Umdruck 18/3139](#)

hierzu: [Umdruck 18/3769](#)

Herr Wortmann von der Barmer GEK trägt das Umstrukturierungskonzept der Barmer GEK vor ([Umdruck 18/3769](#)).

Auf Fragen des Abg. Dr. Garg antwortet Frau Wortmann, derzeit beschäftige die Barmer GEK in Schleswig-Holstein etwa 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wie viele nach der Umstrukturierung beschäftigt seien, könne sie derzeit noch nicht sagen. Das Zentrum in Kiel werde eine Stärke von etwa 170 Mitarbeitern haben; es sei davon auszugehen, dass hier etwa 100 Mitarbeiter abgebaut würden.

Die künftigen Standorte seien ausgewählt worden nach einem Rückgriff auf umfangreiche Daten, die im Rahmen einer Geoanalyse erfasst worden seien. Bei den Zentren seien die Wohnortsituation und der mögliche Fahrweg von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berücksichtigt worden; dieser sollte nicht länger als eine Stunde sein.

Abg. Dr. Garg merkt an, auffällig sei, dass sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des Landes, betrachte man eine Landkarte, künftig keine Servicezentren mehr vorhanden seien. Daraufhin verweist Frau Wortmann auf das mobile Konzept. So sollten etwa 40 bis 50 Fahrzeuge verstärkt im ländlichen Raum eingesetzt werden. Im Übrigen werde angestrebt, Beratungsstunden abzuhalten.

Auf Fragen des Abg. Dudda legt Herr Wortmann dar, dass der Datenschutz große Bedeutung habe. Die Datenschutzabteilung sei selbstverständlich involviert. Beispielsweise würden Kunden angeschrieben, wenn eine Diagnose auftauche, bei der ein Unfall der Grund sein könnte. In einem solchen Fall werde schriftlich nachgefragt. Es werde darauf hingewiesen, dass die Anfrage auf der Homepage zu beantworten sei. Dafür erhalte der Kunde einen speziellen Code, der nach kurzer Zeit seine Gültigkeit verliere.

Abg. Klahn hält es für auffällig, dass insbesondere der Bereich an der Westküste schlechter gestellt sei als der Rest des Landes. Frau Wortmann bestätigt, dass insbesondere die Kreise Nordfriesland und Ostholstein betroffen seien. Sie gehe fest davon aus, dass in diesen beiden Bereichen entsprechende Beratungsstunden abgehalten würden. Die Durchführung von Beratungsstunden sei gang und gäbe.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Dr. Garg legt Herr Wortmann dar, versucht werden werde, einen Kunden mit demselben Berater zu verbinden. Auf jeden Fall aber werde eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus dem jeweiligen Anrufbereich zur Verfügung stehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht Konzept für Familienzentren

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2026](#)

(überwiesen am 11. Juli 2014 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage der Abg. Klahn legt Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, dar, in der Richtlinie sei geregelt, dass es sich um zusätzliche neue Stellen handeln müsse, die gefördert würden. Dies könne sich auch auf bestehende Einrichtungen beziehen.

Herr Dr. Hempel, Leiter des Referats Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, vorschulische Sprachförderung im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Familie, weist darauf hin, dass der Richtlinie verschiedene Gespräche vorangegangen seien. Die Personellen Kapazitäten in den Familienzentren reichten in der Regel nicht für die Aufgabe der Vernetzung aus. Hier solle Entlastung geschaffen werden. Dem Prozess insgesamt müsse eine Sozialraumanalyse vorangestellt werden. Auf dieser Basis seien die Entscheidungen zu treffen. Gebe es mehrere Träger, müsse eine Trägerkonferenz stattfinden und vor Ort abgestimmt werden, bei welchem Träger das Zentrum angesiedelt werde.

Auf eine Nachfrage der Abg. Rathje-Hoffmann legt Herr Dr. Hempel dar, dass einige Kreise bereits gut aufgestellt seien, während sich andere Träger noch finden müssten. Er gehe davon aus, dass in der ersten Jahreshälfte 2015 Familienzentren auf den Weg gebracht würden. Die Antwort auf die Frage, ob in diesem Jahr noch Mittel abfließen, werde nachgeliefert.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2026](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern - Paaren mit unerfülltem
Kinderwunsch auch in Schleswig-Holstein helfen!**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2049](#)

(überwiesen am 11. Juli 2014)

Abg. Rathje-Hoffmann schlägt vor, bei vdek, AOK und dem Verband der privaten Krankenversicherer nachzufragen, wie sich die Anzahl der künstlichen Befruchtungen entwickelt hat sowie wie viele Bewilligungen und wie viele Ablehnungen es gegeben hat. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2221](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2255](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2267](#) - selbstständig -

(überwiesen am 14. September 2014 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)

In den Ausschuss wird der von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW getragene Änderungsantrag [Umdruck 18/3673](#) eingebracht.

Abg. Klahn gibt ihrem Bedauern Ausdruck, dass ihre Fraktion nicht in die Erarbeitung des Änderungsantrags eingebunden gewesen sei. Da eine Erörterung in ihrer Fraktion nicht möglich gewesen sei, werde sie sich der Stimme enthalten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit Zustimmung der jeweiligen Antragsteller, die Anträge [Drucksachen 18/2255](#) und 18/2267, für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag [Umdruck 18/3673](#) mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/2221](#), der durch [Umdruck 18/3673](#) geändert worden ist, mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Nachqualifizierung von Hilfskräften im Pflegeberuf

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2372](#)

(überwiesen am 14. November 2014)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, legt im Einzelnen die verschiedenen Qualifizierungsmöglichkeiten für Hilfskräfte im Pflegeberuf dar.

Abg. Rathje-Hoffmann und Klahn beziehen sich auf das Projekt „Entwicklung und Durchführung von Qualifizierungslehrgängen zur Vorbereitung auf eine Externenprüfung in der Altenpflegehilfe“ und bitten dazu um weitere Informationen.

Frau Langner legt auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze dar, dass ein niedrighschwelliges Ausbildungsangebot auch für Migrantinnen und Migranten eine große Rolle spiele.

Staatssekretärin Langner verweist auf die derzeit geltende Landesverordnung vom 13. März 2012, vom damaligen Sozialminister Dr. Garg erlassen. In dieser Verordnung werde beschrieben, dass diejenigen, die über eine mehrjährige Berufstätigkeit unter bestimmten Voraussetzungen verfügten, unter bestimmten Bedingungen die Prüfung für eine höherwertige Tätigkeit absolvieren könnten. Neue Rahmenbedingungen halte sie nicht für erforderlich.

Abg. Rathje-Hoffmann schlägt vor, bei dem IBAF eine schriftliche Stellungnahme zu dem von ihr beschriebenen Projekt einzuholen. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Altenparlament“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 7. Oktober 2014

[Umdruck 18/3439](#)

Der Ausschuss stellt den Fraktionen anheim, aus den Beschlüssen des Altenparlaments entsprechende Initiativen abzuleiten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht über die geplanten Änderungen in der Finanzierung der Frauenhäuser ab dem Jahr 2015

Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

[Umdruck 18/3637](#)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, berichtet über die geplanten Änderungen in der Finanzierung der Frauenhäuser ab dem Jahr 2015 und sagt zu, dem Ausschuss diesen Bericht in schriftlicher Form zukommen zu lassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht der Sozialministerin zu den erwarteten Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes (BT Drs. 18/2592) sowie der vom Bundesrat angestrebten Änderungen (BT Drs. 18/3000, BR-Drs. 513/1/14) hinsichtlich der Ausnahme von Personen, die unmittelbar oder nach einer Wartezeit Ansprüche nach dem SGB II oder SGB XII erhalten sollen, auf die betroffenen Personen und die Träger der Aufgaben nach dem SGB II und dem SGB XII

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/3654](#)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, versichert, der Landesregierung sei bewusst, wie wichtig das Thema sei und dass es das Land in vielfältigen Bereichen betreffe. Nach den aktuellen Entwicklungen vom heutigen Tag gehe sie davon aus, dass die für den 28. November 2014 vorgesehene Beratung im Bundestag vertagt werde, weil ein Zusammenhang mit finanziellen Rahmenbedingungen für die Betreuung von Flüchtlingen bestehe. Derzeit sei beabsichtigt, das Gesamtpaket auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 11. Dezember 2014 mit der Bundeskanzlerin zu erörtern.

Grundsätzlich seien die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung aus Sicht der Landesregierung wenig weitreichend. Die politische Forderung, Asylbewerber in den Rechtskreis des SGB II oder des SGB XII zu übernehmen, um diesen einen adäquaten Zugang zu allen Unterstützungsleistungen zu gewähren, sei noch nicht realisiert. Der Gesetzentwurf sehe auch noch nicht vor, Asylbewerber den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Es mache Sinn, die Zeitspanne bis zur Ministerpräsidentenkonferenz zu nutzen, um die Auswirkungen und Zielsetzungen zwischen Bund und Ländern zu erörtern.

Abg. Dudda vertritt die Ansicht, dass es politisch keinen Dissens gebe. Es gehe darum, die finanziellen und personellen Kapazitäten auch auf kommunaler Ebene zu finanzieren. Er bittet um einen entsprechenden schriftlichen Bericht dazu.

Nach Auffassung von Frau Langner sei der Ort der Ansiedlung nicht das Wesentliche. Wichtig sei, dass die Menschen vernünftig beraten, betreut und durch die sozialen Systeme geführt würden. Auf jeden Fall müsse man sich Gedanken über entsprechenden Kapazitäten machen.

Auf Bundesebene werde um eine entsprechende finanzielle Entlastung gerungen. Sie sagt zu, dem Ausschuss zu gegebener Zeit einen Sachstandsbericht zur Verfügung zu stellen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht über den aktuellen Fall von Kindeswohlgefährdung im Kreis Segeberg

Antrag des Abg. Wolfgang Baasch (SPD)

[Umdruck 18/3666](#)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, berichtet, nachdem das Ministerium aus der Presse Kenntnis von diesem Fall bekommen habe, habe es sich als Aufsichtsbehörde an den Kreis gewandt, um eine Sachstandsdarstellung zu erhalten. In dem vorliegenden Fall sei die Presseberichterstattung zutreffend gewesen. Ein Kleinkind sei offiziell über 40 Stunden allein in der Wohnung zurückgelassen worden. Gegen das Jugendamt seien schwere Vorwürfe erhoben worden. Die 30-jährige Mutter habe das 17 Monate alte Kleinkind ohne Versorgung im Gitterbett alleingelassen. Polizei und Feuerwehr haben das Kind gerettet, da eine Nachbarin Schreie gehört hatte. Das Kind sei im Krankenhaus behandelt worden. Der Leiter des Jugendamtes habe berichtet, dass das Kind in guter Verfassung sei und sich eine Pflegefamilie um das Kind kümmere und eine schnelle Rückkehr zu der Mutter vorerst ausgeschlossen sei. Offiziell werde gegen die Mutter wegen Missbrauchs von Schutzbefohlenen ermittelt.

Von der Nachbarin zunächst alarmierte Mitarbeiter des Kreisjugendamtes hätten an der Wohnungstür geklingelt. Sie hätten weder Schreie noch Weinen gehört und seien wieder gegangen, ohne die Nachbarin zu befragen. Stunden später habe die Nachbarin die Polizei alarmiert, die dann entsprechend eingegriffen habe und das Kind in ihre Obhut nehmen können.

Dieser Sachverhalt bedürfe der weiteren Prüfung. So sollen am kommenden Montag, dem 1. Dezember 2014, weitere Informationen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreises gegeben werden.

Das Ministerium werde in einer weiteren Analyse prüfen, ob es einen Sachverhalt gebe, der rechtsaufsichtliche Maßnahmen des Ministeriums erfordere.

Abg. Baasch hält es für notwendig zu prüfen, ob die im Kreis Segeberg durchgeführten Qualitätssicherungsmaßnahmen griffen. Zu begrüßen sei, dass das Wohl des Kindes im Vorder-

grund stehe. Er regt an, die Auswertung dieses Falles auch in das Gesetzgebungsverfahren zum Kinderschutzgesetz einzubeziehen.

Abg. Rathje-Hoffmann gibt ihre Freude darüber Ausdruck, dass der Landrat äußere, dass die Politik wissen müsse, was passiert sei. Das lasse hoffen, dass eine offene Aufklärung stattfindet. Nach Zeitungsberichten habe es am Mittwoch eine „normale Meldung“ beim Jugendamt gegeben, am Donnerstag eine Alarmierung. Schön sei, dass die Nachbarin so beharrlich gewesen sei. Diese Vehemenz hätte sie sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamt des Kreises Segeberg gewünscht.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls den Landrat einzuladen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin